

## **Zusammenfassende Erklärung zur Planfassung vom 03.04.2025 gem. § 10a Abs. 1 BauGB**

### **1. Berücksichtigung der Umweltbelange**

Die Belange der Umwelt wurden bei der Aufstellung des Bebauungsplans berücksichtigt. Die Umweltprüfung zum Bebauungsplan ist im Umweltbericht dargelegt.

Durch die Planung wird das Industriegebiet zur Förderung der örtlichen Wirtschaft an einzelnen Stellen in Plangebiet oder durch einzelne Festsetzungen nachverdichtet und die Errichtung von Kleinwindkraftanlagen ermöglicht. Viele Regelungen des Ursprungsbebauungsplans blieben unverändert.

Zur Berücksichtigung des Immissionsschutzes wurde eine schalltechnische Untersuchung erstellt, deren Ergebnisse in die Planung eingeflossen sind.

Die Belange des Artenschutzes, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen von Kleinwindkraftanlagen und die Betroffenheit angrenzender artenschutzrechtlicher Ausgleichsflächen, wurde fachlich separat geprüft. Die Ergebnisse wurden durch Anpassung der Planung beachtet.

### **2. Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden entsprechend den gesetzlichen Regelungen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB umfassend (im Internet) beteiligt.

Seitens der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Einwände der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im ersten Verfahrensschritt zur geänderten Ersatzbaustoffverordnung, zum Schutz des Bodens, zur Gestaltung von baulichen Anlagen und zu Geländeänderungen, zum vorbeugenden Brandschutz, zur Abfallentsorgung, zur Anbindung an die Kreisstraße PAF 4, zur immissionsschutzrechtlichen Kontingentierung, zum Schattenwurf, zum Leitungs- und Kanalbestand, zu Grenzabständen von Bepflanzungen und zur Duldung landwirtschaftlicher Immissionen, wurden geprüft. Anschließend wurden sie im Marktgemeinderat ausführlich diskutiert und sachgerecht abgewogen. Das Ergebnis wurde in den Bebauungsplan eingearbeitet oder an nachfolgende Planungsebenen zur Beachtung weitergegeben.

Im zweiten Verfahrensschritt wurde viele Einwände aus formalen Gründen wiederholt. An ihrer bisherigen Handhabung in der Abwägung wurde nach erneuter Prüfung festgehalten; wesentliche Änderungen sind daraus nicht resultiert.

### **3. Planungsalternativen**

Die Marktgemeinde hat sich im Rahmen der Aufstellung des Ursprungsbebauungsplans bzw. der vorgelagerten Flächennutzungsplanänderung mit möglichen Standortalternativen für die dringend benötigten Flächen auseinandergesetzt. Da der Standort inzwischen entwickelt ist, entfällt eine weitere Standortprüfung.

Bei Überlegungen zu Planungsalternativen stand die Verbesserung der Verbindung der beiden Gewerbe- bzw. Industriegebiete „Ziegelstadeläcker II“ und „Ziegelstadeläcker III“ im Vordergrund. Ferner wurden Überlegungen zur Platzierung und Steuerung möglicher Kleinwindkraftanlagen angestellt. Letztendlich wurde im Planungs- und Abwägungsprozess die vorliegende Variante befürwortet.

Hohenwart, den 03.04.2025